

Die "Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Bote". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für den Monat Juli 45.— M., voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unsere Streifenbesorger für Deutschland, Dänisch, das Saarland, Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Ostpreußen 88.— M., für das übrige Ausland 110.— M.

Die maßgebendste Kompartiments- oder deren Raum kostet 25.— M., einschließlich Unterhaltungsbeilagen. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 4.— M., jedes weitere Wort 2.— M., einschließlich Unterhaltungsbeilagen. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— M., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgesetzte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.— M.

Redaktion: Fernsprecher Npl. 4167, 4391, u. 150 07. Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, 111.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Mörder-Kamarilla

Dreißig Verhaftete als Täter, Mitwisser und Begünstiger des Attentats auf Rathenau

In der Mordsache Rathenau sündet nach einer amtlichen Mitteilung die Berliner Politische Polizei noch gegenwärtig nach den beiden Tätern, dem Ingenieur Fischer und dem Oberleutnant z. See a. D. Erwin Kern, sowie ferner nach einem gewissen Günther Brand, welcher der Teilnahme an der Mordtat insofern verdächtig ist, als er die Bereitstellung des zur Mordtat benutzten Kraftwagens vermittelt hat. Außer diesen noch flüchtigen Mitbeteiligten sind von der Abteilung Ia insgesamt 23 Personen festgenommen und wegen des Verdachtes der Täterschaft oder der Teilnehmerschaft oder Mitwisserschaft oder der Begünstigung dem zuständigen Amtsgericht vorgeführt worden, nämlich:

1. Als Täter der Student, frühere Zeisfreiwillige in der Ehrhardt-Brigade und Mitglied der Organisation O Ernst Werner Tschow aus Berlin, der bei Ausführung der Tat den Kraftwagen lenkte hat.
2. Als Teilnehmer der Kaufmann, frühere Seefahrer Christian Karl Nisemann aus Schwerin, Angestellter des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes, der die zur Mordtat benutzte Maschinenpistole hergegeben hat.
3. Als Teilnehmer der Fabrikant Johannes Rüdemeister aus Freiberg in Sachsen, Mitglied des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes, der den bei der Ermordung benutzten Kraftwagen zur Verfügung gestellt hat.
4. Als Teilnehmer der Fabrikant Franz Rüdemeister aus Freiberg in Sachsen, Mitglied des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes, aus dem gleichen Grunde wie zu 3.
5. Als Teilnehmer der Student Wilhelm Günther aus Berlin, Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten, des Deutschen Bundes und des Bundes der Aufrechten, der bei den Vorbereitungen zur Mordtat, insbesondere bei der Bereitstellung der Maschinenpistole, bei der Beschaffung einer Garage und bei der Beschaffung von Geld mitgewirkt hat.
6. Als Teilnehmer der Gymnasiast Hans Gerd Tschow aus Berlin, früheres Mitglied der Organisation O und des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes, aus dem gleichen Grunde wie zu 5.
7. Als Teilnehmer der Student Gustav Steinbeck aus Dresden, früheres Mitglied der Brigade Ehrhardt und des Verbandes nationalgesinnter Soldaten, der bei der Vermittlung des bei dem Mord benutzten Kraftwagens mitgewirkt hat.
8. Als Teilnehmer der Handlungsgehilfe Rudolf Heinze aus Dresden, Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten, des Nationalverbandes deutscher Offiziere und des Bundes der Frontsoldaten, aus dem gleichen Grunde wie zu 7.
9. Als Teilnehmer der Kaufmann Werner Voh aus Berlin, der die Vermittlung der zur Unterstellung des Kraftwagens benutzten Garage besorgt hat.

10. Als Begünstiger der Garagenbesitzer Richard Schick aus Berlin.
 11. Als Begünstiger der Garagenbesitzer Franz Dinkel aus Berlin, die beide nach der Tat Beweismittel, nämlich die bei der Mordtat benutzten Kleidungsstücke vernichtet haben.
 12. Als Begünstiger der Schauspieler Waldemar Haugwitz aus Schwerin, Mitglied des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes, der zur Fortschaffung eines Koffers bei der Vorbereitung der Flucht mitgewirkt hat.
 13. Als Begünstiger der Kaufmann Rudolf Otto aus Potsdam, Oberleutnant a. D., der die Mörder nach der Tat durch Hergeben von Lebensmitteln unterstützt hat.
 14. Als Begünstiger der Kaufmann Paul Bösch aus Lenz, Mitglied des Deutschen Bundes, der die Mörder nach der Tat beherbergt hat.
 15. Als Mitwissender der Kapitänlieutenant a. D. Karl Billeßen, Mitglied des Runden deutschen Bundes.
 16. Als Mitwissender der Kapitänlieutenant a. D. Manfred von Killinger, Mitglied der Organisation O.
 17. Als Mitwissender der Hauptmann Walter Bede aus Berlin, Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten.
 18. Als Mitwissender der Korvettenkapitän a. D. Friedrich von Abendroth aus Dresden, früherer Angehöriger der Brigade Ehrhardt, Mitglied der Organisation O und des Verbandes nationalgesinnter Soldaten.
 19. Als Mitwissender der Schüler Hans Stubenrauch aus Berlin, Mitglied des Bundes der Aufrechten.
 20. Als Mitwissender der Kaufmann Erich Bode aus Mecklenburg, Gauleiter des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes.
 21. Als Mitwissender der Privatdetektiv Waldemar Riedrig aus Hamburg, Mitglied der Organisation O.
 22. Als Mitwissender der frühere Seesoldat Hartmut Plass aus Hamburg, Mitglied der Organisation O und des Runden deutschen Bundes.
 23. Als Mitwissender der Kaufmann Walter Richter aus Berlin-Tempelhof, Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten.
- Die zu 15 bis 23 Genannten haben sich dadurch strafbar gemacht, daß sie von dem Vorhaben des Mordes vor der Tat Kenntnis gehabt und es unterlassen haben, der Behörde Anzeige zu erstatten.
- Die polizeilichen Ermittlungsvorgänge werden jetzt von der Berliner Polizei der Anklagebehörde beim Staatsgerichtshof zugeleitet.

Die Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit

Von Paul Lange

Der Reichswehrminister Gehler hat dem Reichstage einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit (Reichstagsdrucksache 4443) zugehen lassen, den er allerdings bescheiden „Entwurf eines Disziplinargesetzes für die Wehrmacht“ nennt.

Die disziplinarische Bestrafung der Reichswehrgeldaten durch ihre Offiziere ist jetzt nur insoweit möglich, als eine Strafe bis höchstens vier Wochen gelinden oder drei Wochen mittleren Arrestes ausgesprochen werden kann. Höhere Strafen können gegenwärtig nur durch die bürgerlichen Gerichte verhängt werden. Diesen Zuständen will Herr Gehler abhelfen. Er hat nämlich die edle Absicht, die ordentlichen Gerichte zu entlasten und die Reichswehrgeldaten vor gerichtlicher Bestrafung zu schützen. Zu diesem Zwecke will Herr Gehler Disziplinarkammern, obere Disziplinarkammern und Wehrberufskammern schaffen.

Diese Disziplinargerichte sollen Handlungen und Unterlassungen bestrafen, die sich gegen die militärische Zucht und Ordnung richten, aber keinem Strafgesetz unterfallen. Ihre Zuständigkeit soll sich aber auf erstrecken auf diejenigen militärischen Straftaten, die nach § 3 des Einführungsgesetzes zum Militärstrafgesetzbuch auch disziplinarisch geahndet werden können. Diese Disziplinargerichte sollen ferner einschreiten bei Handlungen und Unterlassungen, durch die sich ein Soldat der Achtung, die seine Berufsstellung erfordert, unwürdig erweist, auch wenn die Unwürdigkeitshandlungen schon vor dem Eintritt in die Wehrmacht begangen sind.

Diese Disziplinargerichte sollen sich, wenn ein Offizier beschuldigt ist, lediglich aus Offizieren zusammensetzen, und zwar sollen die Beisitzer immer dem Range des betreffenden angeklagten Offiziers gleichkommen. Nur dann, wenn ein Soldat angeklagt ist, darf in der Disziplinarkammer ein Beisitzer ein Soldat sein, in der oberen Disziplinarkammer müssen dann zwei Soldaten und in der oberen Wehrberufskammer vier Soldaten Beisitzer sein, neben einer entsprechenden Anzahl von Offizieren. Die Soldaten, die als Beisitzer zu den Disziplinargerichten hinzugezogen werden, können jedoch von den Offizieren ganz nach deren Belieben ausgewählt werden. Herr Gehler schreibt zwar in dem Gesetzentwurf vor, daß die Beisitzer der Disziplinargerichte alljährlich ausgelost werden sollen, aber er will nicht nur zulassen, daß von der Reihenfolge, die sich aus der Liste der Ausgelosten ergibt, aus dringenden Gründen abgewichen werden kann, sondern er schreibt auch vor, daß nur diejenigen Soldaten als Beisitzer zu Gerichts-sitzungen hinzugezogen werden dürfen, die am Orte der Sitzung dienstlich anwesend sind. Da also nicht vorgeschrieben wird, daß die der Reihenfolge nach in Betracht kommenden Beisitzer aus den Reihen der Soldaten zur Gerichts-sitzung vom Dienste beurlaubt werden müssen, hat es tatsächlich die Offizierselite in der Hand, ihrerseits ganz nach Belieben derjenigen Beisitzer zu stellen, die aus den Reihen der Soldaten stammt. Und das mag der Reichswehrminister mit Zustimmung des Reichsrates dem Reichstage der deutschen Republik vorzulegen.

Aber es kommt noch schöner: Der höhere Befehlshaber soll über die Einleitung des Unwürdigkeitsverfahrens entscheiden. Wer sich der Achtung, die seine Berufsstellung erfordert, unwürdig erweist (was auch durch Handlungen und Unterlassungen vor seinem Eintritt in die Wehrmacht geschehen sein kann), kann durch die Disziplinargerichte zur Entlassung aus der Wehrmacht verurteilt werden. Dies ist wohl der eigentliche Kern des Gesetzes. Hier zeigt sich, was diejenigen, die dem Reichswehrminister Gehler die Hand führen, eigentlich wollen. Die monarchistischen Offiziere haben es bisher schon verstanden, die Reichswehr von republikanischen Elementen möglichst frei zu halten. Sie verlangen nunmehr nach einer Handhabe, mit der sie einen Willkürigen ohne Grund, aber auf scheinbar legalem Wege, aus der Reichswehr wieder hinausbefördern können. Denn die frühere Zugehörigkeit zur SPD, zur USPD, oder KPD, die für uns kein Grund zur Entlassung eines Reichswehrgeldaten sein könnte, wird sicher für die meisten Offiziere an sich ein hinreichender Grund sein, einen Reichswehrgeldaten als der Achtung für unwürdig anzusehen, die seine Berufsstellung erfordert. Unwürdig ist für sie erst recht, wer Hindenburg und

Sozialistische Arbeitsgemeinschaft im Reichstag

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie haben am Freitagabend nach Vorbesprechungen der beiderseitigen Fraktionsvorstände in getrennten Sitzungen den übereinstimmenden Beschluß gefaßt, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen zusammenzuschließen. Der Beschluß wird im Laufe des heutigen Tages der Regierung und den Reichstagsparteien offiziell bekanntgegeben werden.

Der Beschluß ist von größter Bedeutung, sowohl für die gegenwärtige politische Situation, wie für die fernere politische Kampfgemeinschaft des ganzen sozialistischen Proletariats.

Faschisten-Mord

(CP) Cremona, 14. Juli. Die Faschisten besetzten das Gebäude der Arbeitskammer von Cremona und töteten es später in Brand. Auch versuchten sie mehrere Kommunisten zu verhaften. Militär mit Maschinengewehren ist eingedrückt, in der Stadt herrscht vollkommene Unordnung. In Verbindung mit dieser Meldung aus Italien verdient eine Mitteilung der Dena Beachtung, wonach der deutsch-nationale Abgeordnete Reinh. Wulle,

einer der wütendsten deutsch-nationalen Gegapostel, eine reine deutsch-völkische Partei mit ähnlichen Zielen wie die italienische Faschisten-Partei zu gründen sucht. Mussolini, der Führer der italienischen Faschisten, will zu diesem Zwecke demnächst nach Berlin kommen. Allerdings entsteht die Frage, ob eine solche neue Gründung in Deutschland nötig ist. Denn die Deutsch-völkischen und die reaktionären Geheimorganisationen haben bisher schon den politischen Mord derart glänzend organisiert, daß der neuen Partei auf diesem Gebiet nichts mehr zu tun übrig bleibt.

Attentat auf Millerand

(CP) Paris, 14. Juli. Nach Beendigung der aus Anlaß des Nationalfestes abgehaltenen Truppenparade von Longchamps wurde in der Nähe des Elysée-Palastes ein Attentat auf den Präsidenten der französischen Republik, Millerand, verübt. Der Urheber des Attentates ist der Sekretär der anarchistischen Jugend, namens Douvet. Er gab 2 Schüsse auf den Wagen des Polizeipräsidenten ab, ohne ihn jedoch zu treffen. Er wurde sofort verhaftet. Vor dem Untersuchungsrichter erklärte er, es sei seine Absicht gewesen, einige Schüsse in der Richtung des Wagens des Präsidenten der Republik abzugeben, er habe jedoch niemand getroffen wollen.

Lubendorff nicht genügend verehrt usw. Dann werden sie einen solchen Soldaten natürlich auch aus der Reichswehr hinausfordern. Den Begriff der Unwürdigkeit werden die Herren Offiziere ganz nach ihren eigenen Anschauungen bilden.

In der Begründung, die Herr Geßler dem Gesetzesentwurf beibringt, sagt er ausdrücklich, dieses Disziplinarverfahren solle nur im Frieden, nicht aber in Kriegszeiten gelten, weil nämlich im Kriege sowieso die eine schnellere Bestrafung militärischer Straftaten gewährleistende Militärgerichtsbarkeit Platz greife. Für den Frieden ist er mit der vorstehend geschilderten „Disziplinargerichtsbarkeit“ zufrieden, mit der die Herren Offiziere ja die Reinigung der Reichswehr ganz nach ihrem Belieben durchsetzen können, statt daß die Reichswehr von den monarchistischen Offizieren gesäubert wird.

Wahrlich, da die republikanische Regierung selbst einen solchen Gesetzesentwurf schmiedet, der geeignet ist, die Republik noch mehr zu untergraben, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Reaktion immer dreister wird.

Helfferichs Bewunderer — ein Hochstapler

Am Tage der Ermordung Rathenau's brachte bekanntlich ein junger Mann in das Foyer des Reichstages einen großen Blumenstrauß, der Helfferich zugehört war und die Widmung trug: „Dem Reiter der deutschen Ehre“. Helfferich soll nämlich mit seiner wüsten Begehrde, die er tagvorher gehalten hat, die deutsche Ehre gereizt haben. Der Ueberbringer des Blumenstraußes wurde verhaftet. Es war ein gewisser Fritz Werner Fleisch. Als man sich näher mit seiner Persönlichkeit befaßte, stellte sich, wie jetzt bekannt wird, heraus, daß der Bewunderer des Herrn Helfferich ein abgeleiteter Hochstapler ist. Fleisch, der am 9. Oktober 1899 in Berlin geboren ist, war zunächst bei einer Bank angestellt, wurde aber wegen Veruntreuung entlassen. Da der Vater den Schaden deckte, erfolgte keine Anzeige. Fleisch kam dann zum Militär. Nach dem Kriege machte er sich selbst zum Offizier und suchte Anschluss an rechtstehende politische Organisationen. Weil er allerhand Streiche machte, schickte ihn sein Vater nach Brasilien, wo er bei einem deutschen Unternehmen Stellung fand. Auch in Brasilien spielte er sich als Marineoffizier auf, trat dem deutsch-amerikanischen Kriegerbund bei und fand bei den sogenannten besseren deutschen Kreisen, deren Affenliebe für die Ex-offiziere hinreichend bekannt ist, Zutritt. Im Frühjahr dieses Jahres kehrte er dann nach Deutschland zurück. In Hamburg gelandet, gab er sich als einen Reffen des neugewählten brasilianischen Präsidenten aus, knüpfte mit Hamburger Firmen „Geschäftsverbindungen“ an und wußte sich 50 000 Mark zu erschwindeln. Mit diesen 50 000 Mark dampfte er nach Berlin ab und erzählte seinen Eltern, welsch ein erfolgreicher Geschäftsmann er in Brasilien geworden sei. Sowohl mit militärischen, als auch mit rechtsergrichteten politischen Organisationen trat Fleisch in nähere Beziehungen. Seinen Plänen, die er dabei vielleicht hegte, machte der dem „Reiter des Vaterlandes“ zugehörige Blumenstrauß ein Ende.

Die Angst vor der Republik

Die bürgerliche Einheitsfront ist wieder einmal hingerissen. Von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten weilt alles gegen die Gewerkschaften, die man als „Rebenregierung“ bezeichnet. Was hört es diese Parteien, wenn Stinnes als ihr Vorkämpfer nach London fährt und besonders in das Regierungswesen eingreifende Verhandlungen pflegt, wenn die bayerische Reichswehr direkt mit der französischen Regierung Noten wechselt oder bürgerliche Beamten- und andere wirtschaftliche Verbände auf die Regierung einen Druck auszuüben versuchen durch Erklärungen und Kampfanlagen gegen Regierungsmassnahmen. Alles das sind offenbar keine Rebenregierungen, ebensowenig, wie die großen Bank- und Industrie-Konzerne, die in einschneidender Weise sich längst als Rebenregierungen etabliert haben. Man denke hier etwa an die Kriegszeit. — Aber die Gewerkschaften, die nach den eignen Urteilen einflußreicher bürgerlicher Politiker und Industrieller „das deutsche Wirtschaftsleben vor dem Chaos gerettet haben“, und so oft die Republik mit dem soharen Blute ihrer Mitglieder verteidigten, der republikanischen Regierung überhaupt erst das Regieren ermöglichten, über sie fällt man jetzt her, als „Rebenregierung“. Und das traurigste dabei ist, daß Demokraten und Zentrum das in viel größerem Maße tun, als ihre monarchistischen Bundesgenossen von rechts.

Das Berliner Zentrumblatt, die „Germania“, scheint über die Forderungen der Gewerkschaften ganz aus dem Häuschen geraten zu sein. Sie veröffentlichte gestern einen im Tone sehr erregten Artikel: „Bis hierher und nicht weiter!“ Darin heißt es u. a.:

„Eine einseitige Frontverlängerung nach links müßte den sozialistischen Einfluß in einem Maße stärken, der in keinem Verhältnis würde zu dem Kräfteverhältnis der Parteien aneinander.“

Darauf antwortet der „Vorwärts“ in aller Sachlichkeit und Ruhe zunächst, daß „sich beide sozialistischen Parteien auf einem gemeinsamen Boden gefunden haben, den sie nur noch gemeinsam behaupten oder gemeinsam verlassen können.“ Denn „wenn die Unabhängigen ihren grundsätzlichen Widerstand gegen die Koalitionspolitik aufgeben, ist für die Sozialdemokratie Koalitionspolitik gegen die Unabhängigen nicht mehr möglich.“

Weiter sagt der „Vorwärts“, daß das ganze Geschreibsel der „Germania“ gerade heraus gesagt, wirkliches Gerede ist. Die beiden sozialdemokratischen Parteien verfügen insgesamt über 180 Sitze im Reichstag, Zentrum und Demokraten zusammen über 112. . . Wir glauben, auch in Zentrumskreisen wird die Auffassung nicht allgemein geteilt werden, man könne zwar mit 100 Sozialdemokraten eine Koalition bilden, aber nicht mit 180. Wo ist denn eigentlich die Grenze, an der die Quantität in die Qualität umschlägt?“

Damit hat der „Vorwärts“ den Nagel auf den Kopf getroffen. Zentrum und Demokraten geht es weniger um eine wirklich tragfähige republikanische Regierung, als um ihre kapitalistischen Interessen, die bei 100 Sozialdemokraten in der Regierung noch zu wahren sind, die aber bei einer Entwicklung nach links hinter die Interessen der republikanischen Bevölkerung gestellt werden müßten. Daher ihre Wut gegen die Ge-

werkschaften und daher ihre Auslieferung an die Stinnespartei.

Das Verhalten von Zentrum und Demokraten entspringt keinen anderen Motiven als der Angst vor einer wirklichen demokratischen Republik. Und diese Angst treibt sie notwendigerweise in die Arme der „Deutschen Volkspartei“, über deren Charakter folgendes Unterrichten möge: Nach der „Berliner Volkszeitung“ verbreitet die Deutsche Volkspartei in Ostpreußen ein Rundschreiben, in dem es u. a. heißt:

„Rathenau sei der Vorkämpfer der jüdischen Welt Herrschaft gemein. Darum würden die Juden ihre gewaltige Presse- und Geldmacht uneingeschränkt in den Dienst des unheimlichen großen Rachebundes gegen alle Deutschgesinnten stellen. In den kommenden Wochen und Monaten werde ein ungeheurer Rathenau-Kummel die Tätigkeit der beiden Rechtsparteien lähmen. Der polnische Jude Lipinski (der sächsische Minister des Innern), der dem Reichskanzler schon am 21. Juni den Erlaß der denkbar schärfsten Bestimmungen empfohlen habe, werde natürlich in den Kampf gegen die Rechtspresse alle anderen rötlich tragenden Wiesel weit überlegen. Es wache nun wieder die Wahrscheinlichkeit der Gefahr der Ausbreitung des Kommunismus und die Wiederenttarnung in die Geise der gewalttätigen Revolution in beträchtlichem Maße. Zur Durchführung des nächsten Wahlkampfes bedürfe der Wahlkreisverband Ostpreußen der Deutschen Volkspartei eines Kapitals von fünf bis sechs Millionen Mark.“

Und mit solchen Leuten wollen Zentrum und Demokraten die Republik schützen! Warum nicht gleich mit den Deutschvölkischen?

Ein neues Attentat geplant?

Nach einer Meldung aus Wittenberge verhaftete die Polizei dort einen Mann wegen seines verdächtigen Benehmens. Der Verhaftete gehört der Organisation C und der früheren Arbeitsgemeinschaft Rohbach an. In seinem Besitz hatte er eine Zündschnur und eine Menge Schwarzpulver. Nach dem bisherigen Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen hat er mit der Ermordung Rathenau's nichts zu tun, wahrscheinlich aber ist, daß er ein neues Attentat geplant hat.

Die Verfolgungen der Spuren der beiden Ministermörder Fischer und Kern haben auch gestern zu keinem Resultat geführt. Alle Personen, die als mutmaßliche Mörder in den letzten Tagen verhaftet worden sind, mußten freigelassen werden, da sie sich über ihre Persönlichkeit einwandfrei ausweisen konnten und mit dem Morde nichts zu tun hatten. Aus dem Gebiet bei Gardelegen sind Fischer und Kern vermutlich entwichen.

Weismann und Killinger

Von einer über den ober-schlesischen Selbstschutz und die ober-schlesischen Verhältnisse gut orientierten Seite wird der „Dona“ folgendes geschrieben: „Der Staatskommissar Weismann hat es sich sehr leicht gemacht, die Behauptung zu dementieren, die der Abg. Liebknecht im preussischen Verfassungsausschuß hinsichtlich der Zahlung von 300 000 Mark von Herrn Weismann an Killinger aufgestellt hat. Es ist richtig, daß Herr Weismann diese 300 000 Mark nicht persönlich ausgezahlt hat, vielmehr auch richtig, daß er Herrn Killinger persönlich nicht kennt. Dagegen scheint Herr Weismann aber zu haben, daß die Tatsache, daß Herrn Killinger 300 000 Mark gezahlt worden sind, für seine Dienste bei der Organisation des ober-schlesischen Selbstschutzes, als er in Offenburg im Untersuchungsgefängnis saß, unbestritten ist. Weiter scheint Herr Weismann vergessen zu haben, daß im Offenburg'ser Prozeß diese Tatsache gerichtsnotorisch festgestellt wurde, und zwar wurde durch Zeugenaussagen belegt, daß der schlesische Parteiführer des Staatskommissars Weismann, dessen Name ja Herrn Weismann ebenso bekannt ist wie mir, die Summe von 300 000 Mark an Herrn Killinger überwiesen hat. Die Mittel stammten aus dem Fonds, über den damals noch Herr Weismann zu verfügen hatte.“

Schnelle Durchführung des preussischen Amnestiegesetzes

Das am 11. Juli vom Preussischen Landtag beschlossene Gesetz über Gewährung von Straffreiheit kann erst verkündet werden, wenn feststeht, daß der Staatsrat keinen Einspruch erhebt. Um aber die schleunigste Durchführung des Gesetzes nach seinem Inkrafttreten zu sichern, hat der preussische Justizminister, wie den P. P. N. von zutändiger Stelle mitgeteilt wird, schon jetzt durch Rundverkömme vom 19. Juli sämtliche Justizbehörden mit den erforderlichen vorläufigen Anweisungen versehen und insbesondere angeordnet, daß in den Strafsachen, die unter das Gesetz fallen, Vollstreckungsverhandlungen nicht mehr vorgenommen werden, und daß die Vollstreckung von in der Verbüßung begriffenen Freiheitsstrafen, soweit sie zweifellos unter das Gesetz fallen, unterbrochen wird.

Es handelt sich um die Bestimmungen des Amnestiegesetzes, wonach insbesondere Straffreiheit gewährt wird für Straftaten, die mit den politischen Unruhen im Frühjahr 1921 oder mit der Abwehr des Rapp-Bundes, sowie mit Rundgebungen für die republikanische Staatsform anlässlich der Ermordung Erzbergers zusammenhängen.

Neuer Waffenfund in Bremen

Dem kürzlichen durch den Vorsitzenden unserer dortigen Fraktion veranfahten Waffenfund ist jetzt wieder ein neuer gefolgt, zu dem die Initiative von dem Parteibüro der SPD. ausging, da die unterrichteten Polizeiorane bei einer Anzeige in Bremen Nachregelungen zu erwarten haben. Es handelt sich hierbei um ein umfangreiches Depot von Ausrüstungsgegenständen, insbesondere Lederzeug und Munition, das von einer früher in Bremen garnisonierenden Reichswehrkompanie angelegt worden ist. Wie unser dortiges Parteioran berichtet, sind Versuche im Gange, dieses Depot in ein „ordentliches“ Depot der Reichswehr umzuwandeln, doch wird die Tatsache, daß es sich um ein geheimes Depot in Bremen handelt, schon dadurch erhellt, daß das Material in einem privaten Lagerhuppen aufbewahrt worden ist und nicht in der in nächster Nähe liegenden Kaserne. Außerdem hat sich der Inhaber des Lagers, der Expediteur Dollmann, schon dadurch verraten, daß er gegenüber der die Handhabung vornehmenden Polizei erklärte, es sei ganz in der Ordnung, daß Kriegsmaterial verfrachtet werde, „damit das Ententegefeindel es nicht felege“.

Diese sich sicher in ganz Deutschland befindlichen Waffenverstecke haben vor allem die gefährliche Wirkung, daß sie das Leben der Ententekommission verlängern. Welch materielle

Schädigung für Deutschland hieraus entsteht, zeigt eine Meldung, wonach die in Deutschland für die Mitglieder der Kommission zu zahlenden Monatsgehälter wie folgt erhöht worden sind:

Für den Vorsitzenden 108 800, bisher 71 950 M.; für sonstige Generale 76 475 (53 025) M.; für Majore in besonderer Stellung 54 625 (37 875) M.; für sonstige Majore 49 175 (34 100) M.; für Hauptleute, Leutnants und Unterleutnants 41 425 (32 000) M.; für Unteroffiziere 25 250 (17 500) M.; für Mannschaften 15 300 (10 600) M.

Es hilft natürlich nichts, wenn die Regierung nur immer über die erdrückenden Lasten dieser Kommissionen klagt. Sie muß durchgreifen und den Beweis liefern, daß sie solche Waffenvorräte nicht duldet. Das erfordert eigentlich schon ihr Eigeninteresse, denn diese geheimen Kriegsmaterialien-Depots richten sich nicht so sehr gegen die Entente als gegen die Republik selbst.

Für die gemeinsame Front

Sowohl aus Düsseldorf, als auch aus Groß-Härtingen liegen und Beschlüsse der gewerkschaftlichen und der politischen (sozialistischen) Organisationen vor, welche angeht die politische Lage im Reich die gemeinsame Arbeit der Spitzenorganisation und der drei sozialistischen Parteien fordern. In dem Düsseldorf'ser Beschlusse, der vom Gewerkschaftsartell, der Betriebsrätezentrale, dem Afa-Bund, dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und den Parteileitungen der USPD, SPD. und KPD. gefaßt wurde, heißt es, daß sich diese Korporationen verpflichten, im Sinne des Berliner Mindestprogramms der Spitzenverbände weiterzuarbeiten. Zur Durchführung dieses Mindestprogramms ist die geschlossene Arbeit der Arbeiterklasse erforderlich. Und die Spitzenverbände werden ersucht, eine gemeinsame Plattform zu suchen. Abweichungen vom Programm der Spitzenverbände sollen ohne vorherige Verständigung unterlassen werden. Die Agitation in Presse, Versammlungen und Flugblättern soll, wie die Polemik vom Geist des Vertrauens und Willens der Verständigung getragen sein. Eine Kontrollkommission wird gebildet, die aus je einem Vertreter der Parteisekretariate der USPD, der SPD. und der KPD., den Redaktionen der am Orte erscheinenden Blätter dieser drei Parteien, des Gewerkschaftsartells, der Betriebsrätezentrale, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Afa-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes besteht. Aufgabe dieser Kommission ist es, alle geeigneten Maßnahmen zur Durchführung der Forderungen der Spitzenverbände zu ergreifen.

Dem gleichen Zwecke diente eine Konferenz, die die Vertreter der Spitzenverbände des NSD. und der drei sozialistischen Parteien Groß-Härtingens abhielten. Auch hier wurde ein Beschlusse gefaßt, daß die politische Lage im Reich und in den einzelnen Ländern in gemeinsamer Arbeit der Spitzenorganisation nach wie vor zu einer dringenden Notwendigkeit macht. In einer Rundgebung an die gesamte Thüringer Arbeiterpresse wird ausgeführt, die Redaktionen mögen sich in ihren Auseinandersetzungen von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen die Reaktion leiten lassen.

Ein Zuchthausurteil in München

München, 14. Juli. Das Münchener Volksgericht verhandelte unter Ausschluss der Öffentlichkeit gegen 5 Personen, die wegen Spionage und Landesverrats angeklagt waren. Der Hauptangeklagte, der 19jährige Taktlograph Pottier aus Dautsch, der von einem Spionachbüro beauftragt war, Material über Geheimorganisationen zu sammeln und die vaterländischen Vereinigungen zu überwachen, wurde zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Drei andere Angeklagte erhielten je 4 Jahre Zuchthaus, ein weiterer Angeklagter 3 Jahre Zuchthaus, während ein fünfter freigesprochen wurde. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß in München ein fremdes Büro mit ausgesetzter Spionageorganisation und einer Spionageschule bestand.

Die hohe Strafe gegen Pottier erklärt sich aus dem Umstand, daß er die Treibereien der Münchener Geheimbündler angedeckt wollte. Dadurch sieht sich die Reaktion in Bayern gefährdet, und eine solche Gefährdung der Reaktion muß natürlich gerächt werden.

Englands Finanzlage bessert sich

London, 14. Juli. Unterhaud. Bei der dritten Lesung der Finanzvorlage hielt der Schatzsekretär eine Rede, in der er u. a. sagte, die Voraussagen hätten sich bisher als vollkommen richtig erwiesen. Die Finanzlage des Landes habe sich ständig verbessert, der englische Kredit stehe höher als vor drei Monaten, der Wert des Pfundes sei höher als zu irgendeiner Zeit seit 1914. Die große Veränderung, die in Deutschland eingetreten sei, verurteile natürlich ernste Besorgnis. Diese Angelenkenheit werde im Einklang mit den Kriterien baldigst behandelt werden. Ein weiterer Ausschuss sei nicht möglich. Das Haus werde sicherlich bei der gegenwärtigen delikaten Lage darauf verzichten, irgendwelche besonderen Einzelheiten über das, was vorgebe, zu erörtern. Die Beziehungen Großbritanniens zu den Vereinigten Staaten und die Frage der englischen Schulden an Amerika beschäftigten die Regierung dauernd. Die Schulden in Amerika seien Ehrenschulden und würden unbedingt abgetragen werden. England sei heute in einer stärkeren Position als jemals seit dem Waffenstillstand. Zum Schlusse seiner Rede sagte Sir Robert Dorne, es sei kein Grund vorhanden, die gegenwärtige Lage verweigert anzusehen. Er glaube, es werde ein Weg gefunden werden, um die ernsten Befürchtungen auf finanziellen Gebieten zu vermeiden und in dieser Beziehung werde England eine große Rolle spielen können. (Hört, hört!) Die Vorlage wurde darauf in dritter Lesung angenommen. Hierauf vertonte sich das Unterhaud.

Keine Besprechungen mit den Russen

Genf, 14. Juli. Die zweite Unterkommision für die Schulden nahm heute unter dem Vorsitz von Alphonse einstimmig einen von Alphonse unterzeichneten Antrag eines englischen Vertreters an, der russischen Delegation mitzutellen, daß man es nicht für nützlich halte, bei der heutigen Lage der Haager Konferenz die Besprechungen mit der russischen Delegation fortzusetzen.

(G.P.) London, 14. Juli. Ein über Athen kommendes Telegramm aus London meldet, daß ein türkisches Regiment auf dem Wege nach Angora gemuntert habe. Mehrere Offiziere seien getötet worden. Weitere Truppen hätten sich den Meuturern angeschlossen.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Freitag, den 14. Juli.

Präsident Eise eröfnet die Sitzung 3 Uhr 15 Minuten. Bei der Beratung des Gesetzentwurfs über den Ausschluß eines Teiles des Kleier Hafens aus dem Zollgebiet führt

Abg. Dismann (USP.):

aus: Die Vorlage soll der wirtschaftlichen Förderung Kleiers dienen, und wir stimmen ihr zu. Es ist kein Zweifel, daß die außergewöhnlichen Verhältnisse, von denen Kleier durch den Ausbruch des Weltkrieges betroffen worden ist, unbedingt Berücksichtigung verdienen. Das Wirtschaftsleben Kleiers baut sich in der Hauptsache auf zwei Faktoren auf: auf dem Hafen und auf der Bergindustrie. Kleier als Kriegshafen ist mit Abschluß des Weltkrieges erledigt. Darum trauern wir nicht. Im Gegenteil! Auch die Bergindustrie, auf der das Wirtschaftsleben Kleiers bis zum Abschluß des Weltkrieges mitbasierte, ist dahin. Der Umstellungsprozeß Kleiers hat sich vollzogen, und nach dem Umstellungsprozeß sind nicht wesentlich weniger Arbeiter beschäftigt. Wenn aber zurzeit in Kleier noch auf den Werften Beschäftigung vorhanden ist, dann darf man sich nicht über die zu erwartende weitere Entwidlung täuschen. Die heutige Beschäftigung auf den Werften rührt neben den Reparaturen in der Hauptsache daher, daß der Rest an neuer Schiffstonaue fertiggestellt wird, entsprechend dem im Reedereiarbeitsvertrag vorgesehenen Wiederaufbau eines Drittels der deutschen Handelsflotte. Aber wir werden aller Wahrscheinlichkeit nach in absehbarer Zeit

bei den Seeschiffswerften einer ersten Katastrophe dadurch zutreiben,

daß bis Anfang nächsten Jahres vielleicht der vorhin erwähnte Neubau von Schiffen seine Erledigung gefunden hat und daß dann nicht nur für die Kleier Werftarbeiter, sondern für die deutschen Werftarbeiter die Frage entsteht, was aus ihrer Existenz wird. Auf einen ersten Faktor mache ich aufmerksam. Die heutige Beschäftigung ist in der Hauptsache nur der Scheinkonjunktur zuzuschreiben, und

eine erste Wirtschaftskrise, mit der wir rechnen müssen,

wird auch die Beschäftigung auf den Werften in Kleier sehr stark in nachteiligem Sinne beeinflussen. Ich möchte dabei einer Zuschrift an den Reichstag aus Hlensburg erwähnen, die sich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf beschäftigt und die die Bedenken zum Ausdruck bringt auf Grund der Tatsache, daß man Hlensburg vor der Abstimmung in Schleswig ein Freiheitsgebiet versprochen haben soll und außerdem ein größeres Terrain, um auf dem Industriegebiete neue Industrien heranzuziehen. Die wirtschaftliche Notwendigkeit spricht auch bei Hlensburg mit, und ich bedauere, daß das Projekt noch nicht verwirklicht ist. Man kann das eine tun und braucht das andere nicht zu lassen. Ich möchte an die Reichsregierung die Frage stellen, wie weit ist das Projekt von Hlensburg, und wie lange ist das von Kleier bereits in der Bearbeitung; ich dünke, daß auf rein wirtschaftlichem Gebiete die Reichsregierung mit einem Schnedenschnapp arbeitet, das in keiner Weise gerechtfertigt ist. Wir dürfen bei Wirtschaftfragen die Dinge nicht so draus, jahrein künftlich hinauschieben, sondern wirtschaftliche Notwendigkeiten sind ungeschönt und sofort in Angriff zu nehmen. (Sehr richtig bei den US. und D. V.) Ich möchte nicht nur an Hand der kommenden Krise im Seeschiffsgewerbe, in der Bergindustrie auf den Notwendigkeiten in Kleier und Hlensburg hinweisen, sondern es steht auch im Zusammenhang mit der zu erwartenden allgemeinen Wirtschaftskrise, von der Deutschland nicht verschont bleiben wird. Es möchte die Wirtschaftskrisen viel intensiver, viel planmäßiger und viel rascher von der Reichsregierung unter Unterstützung des Reichstages bearbeitet werden. (Sehr richtig links, bei den D. V. und den Dem.), und nicht immer

jahraus, jahrein in einer Verschleppungspolitik.

bis wir nachher von der neuen Wirtschaftskrise überannt werden, wo dann wieder der Notbehelf losgeht, sondern wenn die Wirtschaft gefördert werden kann, wenn neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die deutsche Arbeiterklasse geschaffen werden können, dann sollen wir unverzüglich zuschlagen und unsererseits als Reichstag sagen, daß hier nach allen Richtungen hin eine rasche Förderung am Platze ist. (Bravo! bei den US.)

Die Redner aller bürgerlichen Fraktionen und der SPD. treten der Auffassung des Genossen Dismann bei. Das Gesetz wird einstimmig angenommen.

Der Reichstag hat gegen die Beschlüsse des Reichstages, betreffend das Gesetz über Feuerungsmaßnahmen für Militärkreuzer Einspruch erhoben. In der nochmals vorgenommenen Abstimmung wird entsprechend dem Einspruch des Reichstages beschlossen.

Der von den Koalitionsparteien eingebrachte Gesetzentwurf über den deutschen Nationalfeiertag (11. August) wird ohne Debatte dem Reichsausschuß überwiesen. Der Gesetzentwurf über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen.

Bei der Beratung des Entwurfs eines Disziplinargesetzes für die Wehrmacht sprachen sich die Abg. Böria (SPD.) und Thomas (KPD.) gegen den Entwurf aus. Er wird dem Ausschuß für die Militärgerichtsbarkeit überwiesen.

Bei der zweiten Beratung des Gesetzes betr. öffentliche Bekanntmachung von Verurteilungen wegen Preisverbrechens, Schleichhandel usw. führt Abg. Krähling (SPD.) aus: Der Bucher blüht wie nie zuvor. Man muß hoffen, daß das Zentrum und die bayerische Volkspartei an ihrer Haltung im Ausschuß festhalten und für das Gesetz stimmen, denn es muß einmal eine Warnung gegeben werden. Wir fordern, daß die Regierung erklärt, welche Maßnahmen sie gegen Kartelle und Syndikate zu unternehmen gedenkt, die ihre wirtschaftliche Macht zu Preisverbrechens mißbrauchen. Wir brauchen ein Gesetz zur Kontrolle des Geschäftsgeschehens der Kartelle.

Abg. Unterleitner (USP.):

Wir lehnen die Verschleppungsanträge der bürgerlichen Parteien ab. Es ist bezeichnend, daß gerade jetzt sich in diesem Hause ein solcher Widerstand gegen die Buchergesetzgebung geltend macht, wo es eines energischen Vorgehens bedarf. Der heute vorliegende Gesetzentwurf ist schon am 21. Dezember vorigen Jahres im Plenum beraten worden. Er sollte rasch verabschiedet werden, um der Regierung ein Rechtsmittel zur Bekämpfung des Buchers in die Hand zu geben. Das Haus hat diesem Wunsche nicht entsprochen. Es ist unerhört, daß

die bürgerlichen Redner es wagen, gegen die Buchergesetzgebung

mit den Gründen zu argumentieren, daß durch sie vielleicht hier und da ein Unschicklicher gekraft werden würde. Faulende und aber Tausende von großen Bucherzern will man lieber laufen lassen! (Sehr wahr! links.) Die Widergesetzgebung darf nicht abgebaut oder abgeschwächt werden, sondern verschärft und ausgebaut werden mit allen zur Verfügung

stehenden Mitteln des Staates. Durch den Widerstand der Bürgerlichen im Reichstag gegen irgendein Buchergesetz werden ja die unaußerer Elemente gedrückt zu Preisverbrechens und Bucher aufgefordert. (Sehr wahr! links.) Die Presse freigen von Stunde zu Stunde, in jedem Geschäft sind sie anders. Ein rasches, energisches Eintreten ist dringend notwendig. Wenn hier angeführt wurde, daß die Buchengerichte viele Fehlurteile gefällt hätten, so stelle ich demgegenüber fest, daß sie in allzu vielen Fällen nicht zugriffen haben, wo es notwendig gewesen wäre. Nur die Kleinen hat man gegent, die Großen hat man laufen lassen. Aber gerade diese Tatsache beweist die Notwendigkeit einer Verschärfung der Gesetzgebung. 2734 Fälle sind im ganzen Reich vor die Buchengerichte gekommen. 3797 davon sind freigesprochen worden, 8812 sind zu Geldstrafen bis zu 1000 Mark verurteilt worden, 3320 sind zu Geldstrafen bis zu 20000 Mark verurteilt worden, 179 Personen sind mit Geldstrafen von 50000 Mark und nur 24 sind in Zuchthausstrafen verurteilt worden. (Hört! Hört! links.) Kein Mensch in Deutschland wird bestraft, daß es hier mehr als 24 Bucher gibt, die ins Zuchthaus gehören. Und angesichts solcher Zahlen wagt man es, sich darüber zu beschweren, daß von den Buchengerichten zu rigoros vorgegangen sei. Die Parteien, die der Buchergesetzgebung den schärfsten Widerstand entgegenstellen, die Parteien der Rechten sind es gerade, die brauchen ihren Wählern, dem Volke erzählen wollen, die Bucher- und Schieberrepublik sei es, die uns ins Unglück stürze, sie hätte nicht den Mut, gegen diese Leute vorzugehen! (Sehr wahr! links.) Diese Parteien sind dafür verantwortlich, daß der Bucher blüht und daß Volk angesetzt wird. Die Bürgerlichen haben sich gegen das Gesetz auch mit der Begründung gewehrt, es läge keine Notmarktlage vor. Wie sieht denn dann überhaupt eine Notmarktlage aus, wenn wir heute keine haben? (Sehr wahr! links.) Nicht nur die Geldentwertung, sondern auch die Warenknappheit ist es, die uns die notwendigen Lebensmittel verteuert. Wir Sozialisten wissen, daß wir hier mit einem Symptom befechten, nicht die Ursache der Krankheit. Die kann man mit Strafgesetzen nicht beseitigen. Und alle die, die gegen den Bucher ihre Stimme erheben, sie sollten uns helfen, die kapitalistische Wirtschaft zu beseitigen, dann gibt es keinen Bucher mehr! (Bravo bei den US.)

Der Gesetzentwurf wird in zweiter Lesung angenommen. Nächste Sitzung: Sonnabend 2 Uhr. Tagesordnung: Kleine Vorlagen, Reichspolizeirat und Landespolizeibehörde, Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik, Gesetzentwurf der Unabhängigen über Abänderung der Einkommensteuer, Erbschaftsteuergesetz, Zwangsanleihe.

Was wird mit den bayerischen politischen Gefangenen

Es war ganz natürlich, daß in einem Augenblick, in dem die kurzfristige Gefährdung der Republik ins öffentliche Bewußtsein trat und in dem als eigenliche Stütze der Republik sich fast ausschließlich die Arbeiterklasse erhob, sofort die Rücksicht auftrug, eine Amnestie zu gewähren. Bei unserer monarchistisch einseitigen, republikfeindlichen Rechtsauffassung wurden im Laufe der vergangenen Jahre zahlreiche Arbeiter wegen politischer Vergehen zu barbarischen Strafen verurteilt. In diesen Urteilen lebte sich mehr oder weniger bewußt ein unabweisbares Minderheitsverhältnis des Richteriums aus, das sich mit der Unmöglichkeit und ihren Ergebnissen nicht abfinden mag. Den Opfern dieser Klassenjustiz mußte sehr zu Hilfe gekommen werden.

Raum aber war die Frage der Amnestie aufgeworfen, als auch schon wieder der übliche Widerspruch aus Bayern laut wurde. Bayern ist wohl das einzige Land innerhalb Deutschlands, in dem noch politische Verurteilte aus dem Jahre 1919 die Gefängnisse füllen. Im August 1920 war eine allgemeine Amnestie geplant gewesen; sie kam nicht zur Durchführung, weil Bayern sich dagegen zur Wehr setzte. So wurde damals zwar der Hochverräter Traub begnadigt, die bayerischen Gefangenen indes blieben hinter Gittern. Zweifellos schlug jene Teilamnestie allem Verrechtlichungsempfinden ins Gesicht. Sie brachte zweierlei Maß zur Anwendung und war lediglich ein Angehöriges an den unerlässlichen Nachgedrängten bayerischer Reaktionäre. Der Reichstag hätte sich um so weniger mit dieser Teilamnestie begnügen dürfen als gerade Bayern händig Geis und Verfassung mit Füßen trat, in seinen Geheimorganisationspolitische Vorbehalte, seinen monarchistischen Hochverräter Unterdrückung gewährte, seinen Verbrechenapparat dem reichsgerichtlichen und verbrecherischen Treiben separatistischer Drahtzieher zur Verfügung stellte.

Die politischen Gefangenen Bayerns blieben ihrem Schicksal überlassen, das um so bedauerlicher ist, als der Strafvollzug an ihnen vollkommen ungeschicklich ist. Sie werden gequält, gedemütigt, verlehmt; sie sind brutaler Willkür nationalstaatlicher Nachphantasien vom Schlage des Augsburger Oberkammermanns Kraus ausgesetzt. Während der Rörder Kreis tagüber auf einem Gute ein abwechselungsreiches und angenehmes Dasein führt, sind die Niederbayerischen den entwürdigendsten Maßnahmen unterworfen. Es hat den Anschein, als ob die bayerische Justizverwaltung die politischen Gefangenen planmäßig an Leib und Seele schädigen wolle. Ihr schlechtes Gewissen bedunkelte sich, als sie sich weigerte, den Besuch des Reichstages in Niederbayerenfeld zuzulassen.

Es ist an der Zeit, daß Reichstag und Reichsregierung diesem himmelschreienden Unrecht ein Ende bereiten. Unangefochtener Freiheit würdiger als Jahr, Pöbner, Pittinier und Toller, Walsam, Hartig und wie sie sonst heißen mögen die Unschicklichen von Niederbayerenfeld. Ein unenträgliches Recht wäre es, die Niederbayerenfelder abermals freizulassen. Bayern ist überall in der Opposition, wo Menschlichkeit und Gerechtigkeit um Kurzerkennung ringen. Sein Einspruch darf nicht mehr akzeptiert werden; diesem Einspruch liegen nur gewalttätige, niedrige, gekrümmte Motive zugrunde. In lange schon hat das Reich schmachvolle Weise um Bayerns willen Unrecht gesehen lassen; nun ist's genug. Den Opfern bayerischer Rohheit und Nachsicht muß die Stunde der Vergeltung schlagen.

Auch Anatole France gegen die Moskauer

Der Pariser „Populaire“ veröffentlicht folgenden von Anatole France an Maxim Gorki gerichteten Brief:

„Ich bedauere, die wichtige Angelegenheit, auf die Sie mich hinweisen, nicht hinreichend genau zu kennen und nicht in der Lage gewesen zu sein, die Debatte im Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre eingehend zu verfolgen.

Wiewohl Ihnen glaube ich indessen, daß die Beschuldigten zu ihrer Zeit aufrichtig der Befreiung des russischen Volkes gedient haben. Wie Sie, glaube ich, daß ihre Verurteilung schwer auf dem Gewissen der Sowjetrepublik lasten würde.

Von ganzem Herzen, geschätzter Gorki, schreibe ich mich dem von Ihnen an die Sowjetrepublik gerichteten Appell an, von welcher ein Mitglied, wie mir gesagt wird, als Staatsanwalt in dem Prozeß fungiert. Mit brüderlichem Gruß Anatole France.

Ein Aufruf für die Sozial-Revolutionäre

Die Unterzeichneten richten, beunruhigt durch die Umstände, unter denen der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre stattfindet und ein nicht wieder gut zu machendes Urteil befürchtet, im Namen der Menschlichkeit und des allgemeinen Friedens an die Sowjet-Regierung einen dringenden Ruf mit der Bitte, sich alles dessen enthalten zu wollen, was von der zivilisierten Welt als die Erfüllung eines Nachkrieges aufgeföhrt werden könnte.

Die erste Liste ist unterschrieben von: A. Kullard, Professor an der Sorbonne; Paul Painlevé, Mitglied des Instituts A. Meillet, Professor am College de France, Gabriel Seaille, Professor an der Sorbonne; Emile Dorel, Akademie der Wissenschaften, A. Schneider, Professor an der Sorbonne, J. Allémane, Xavier Leon, Henri Leon, Henri Gausser, Professor an der Sorbonne, Charles Vide, Emile Terquen, J. Hadamar, Henri Levy-Brühl, P. Alphandern, Jeanne P. Alphandern, L. Levy-Brühl, Marcel Levy-Brühl, L. Brunschwig, Professor an der Sorbonne, J. Brunschwig, Victor Baisch, Professor an der Sorbonne, Ch. Seignobes, Professor an der Sorbonne.

Der bekannte englische Schriftsteller H. G. Wells hat den Aufruf auch unterschrieben.

Der österreichische Nationalrat hat gestern die Regierungsvorlage, betreffend die Errichtung der österreichischen Notenbank in zweiter Lesung angenommen.

Wiedereinnahmen an Steuern in Höhe von 820 Millionen Franken weisen die beiden ersten Monate 1922 gegenüber dem Vorschlag in Frankreich auf.

Ein englischer Dampfer, der Kriegsmaterial an Bord hatte, wurde am Piräus von einem griechischen Kriegsschiff aufgegriffen.

Der Eisenbahnerstreik in Amerika. Reuter meldet aus Chicago, für den 17. Juli sei eine Streikorder ergangen, durch die 25000 Eisenbahnarbeiter betroffen würden.

Aus der Partei

Der schon mehrmals genannte Schriftsteller und Redakteur Erich Baisch, Berlin, Voatstr. 42, ist nicht Mitglied der Unabhängigen Partei. Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Flucht der Arbeiter aus der USP.

Unter dieser Überschrift brachten kommunistische Blätter vor wenigen Tagen eine Nachricht aus Neustadt in Thüringen, derzufolge 80 Mitglieder unserer dortigen Ortsgruppe zur KPD. übergetreten sein sollen. Welche Bewandnis es mit dieser Nachricht hat, ergibt sich aus der nachstehenden Zuschrift eines Vorstandsmitgliedes unserer Neustädter Ortsgruppe:

„In unserer Ortsgruppe, die aus 80 Mitgliedern besteht, waren drei radikale Querulanten. Diese stellten vor einigen Tagen den Antrag, die Ortsgruppe solle auf Grund der von der USP. betriebenen Koalitionspolitik geschlossen zur KPD. übergetreten. Der Antrag wurde in der am Montag, den 3. Juli, von allen 80 Mitgliedern beendigten Generalversammlung der Ortsgruppe behandelt und nach reichlicher Aussprache gegen drei Stimmen abgelehnt. Den drei Antragstellern wurde darauf mit aller Deutlichkeit gesagt, wo der Zimmermann das Voch für sie geflossen hat.

Zum Schluß wollen wir noch mitteilen, daß die Ortsgruppe Neustadt in Thüringen im Laufe voriger Woche 11 neue Mitglieder gewonnen hat, also nach Abzug der drei Unentwegenen, die als Mitglieder nicht mehr in Frage kommen, jetzt 88 Mitglieder zählt.“

Der große „Erfolg“ der KPD. war also wieder einmal bloße Dichtung. Als solche würden sich wohl auch die meisten anderen Meldungen über den Siegeslauf der KPD. entpuppen, wenn man sich erst die Zeit nehmen wollte, ihnen nachzuspüren.

Die Abnigsberger Parteioorganisation zum Beschluß der Reichskonferenz

Eine vor einigen Tagen stattgefundene Funktionärskonferenz unserer Abnigsberger Parteioorganisation nahm nach reicher Aussprache folgende Resolution mit großer Mehrheit an:

„Die Vertrauensmännerversammlung hält es für selbstverständlich, daß unsere Partei jede Regierung unterstützt beim Aufbau der deutschen Republik gegen monarchistische Anschläge. Den Eintritt in die Regierung hält sie zur Erreichung dieses Zwecks für nützlich aber nicht durchaus erforderlich und jedenfalls so lange für verwerflich, als keine Verhandlungen über ein Regierungsprogramm geschlossen sind, das auch die Wirtschafts-, Steuer- und Sozialgesetzgebung im Sinne der zehn Forderungen des ADGB. und der Forderungen unseres Leipziger Manifestes vom Januar d. J. sicherstellt.

Die Versammlung bekräftigt die Entscheidung der Parteikonferenz für den Eintritt der USP. in die Koalitionsregierung, die den Beschlüssen unseres letzten Parteitages widerspricht, jede verbindliche Kraft und fordert zur endgültigen Entscheidung dieser Streitfrage die unverzügliche Einberufung eines außerordentlichen Parteitages.

Warnung.

Von der Parteioorganisation wird und geschrieben: Auf verschiedenen Bezirken gehen und beschwerden zu, daß ein blinder Genosse — Wilhelm Tschner — mit einem etwa 15jährigen Jungen im Lande herumreist und von den Genossen aus begreiflichen Gründen unterstützt wird.

Tschner, der am 10. März 1862 geboren und im Besitze eines von der Ortsgruppe Ertrandig (Bayern) ausgestellten Mitgliedsbuches ist, hat wiederholt im unterstehenden Genossen geschädigt und einen ihm vermittelten Posten anzutreten abgelehnt.

Die Ortsgruppen werden vor Tschner gewarnt.

Was koch ich morgen

Ein Gericht aus Teigwaren

Nudel-Auflauf mit Fleischresten

Dazu brauche ich: 1/2 Pfd. Nudeln, 120 Gr. Fleischreste oder Schinken, 2 Eier mit Milch vermischt, Salz, Ingwerwurz in die Form geigt. 20 Minuten Dazzeit. Salat dazu.



kaum zwei Jahren zu der monarchistischen Deutschen Volkspartei übertrat, die Absicht, jetzt wieder der republikanischen Zentrumspartei beizutreten? Im republikanischen Interesse wäre das zu bedauern. Oder ist Herr Troppke deswegen auf Herabsetzung der für die Bildung der Berliner Bevölkerung auszugebenden Summe bedacht, damit den Schuldverhältnissen der Fernsprechanstalt und die Schreibhülfe bewilligt wird bzw. die Summe für Schreibgebühren erhöht wird? Denn auf diesem Standesfeld reitet der „uninteressierte“ Stadtverordnete fortwährend herum.

Wirkmaßnahmen im Bezirksamt Steglitz

Nachdem der 6. Vergütungsteil für die nichtständigen Angestellten beim Magistrat zum Abschluss gebracht worden ist, hat der Magistrat durch eine längere Verfügung, die uns in Abschrift vorliegt, die einzelnen Dienststellen angewiesen, nunmehr die Verrechnung der Gehälter der Angestellten nach diesem Tarifvertrag umgehend vorzunehmen.

Bei dieser Gelegenheit leistet sich das Bezirksamt Steglitz, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, die unerhörte Willkür, von jedem einzelnen Angestellten binnen 48 Stunden die genaue Angabe seiner Organisationszugehörigkeit zu fordern.

Wir erziehen die Angestelltenchaft dringend, dieser Aufforderung unter keinen Umständen Folge zu leisten. An den Magistrat aber richten wir die Anfrage, was er gegen diese Annahme des verantwortlichen Steglitzer Beamten zu tun gedenkt.

Eine Fürsorge, die das Gegenteil bewirkt

Fürsorgegebälge sind zum Teil vor ihrer Einlieferung in Anstalten sowie nach Entweichungen längere Zeit in Polizeihast mit älteren verbrecherischen Elementen zusammen verwahrt worden. Es wird dies darauf zurückgeführt, daß die Polizeibehörden nicht schnell genug arbeiten. Der Zweck der vorläufigen Unterbringung wird dadurch natürlich ganz vereitelt und in sein Gegenteil verkehrt. Die Minister für Volkswohlfahrt und des Innern lassen deshalb die Polizeibehörden darauf hinweisen, daß die ihnen obliegende vorläufige Unterbringung der Böglinge nicht in Gefängnissen vollzogen werden darf. Soweit sonst Jugendliche in Polizeihast genommen werden müssen, ist darauf Bedacht zu nehmen, daß sie auf alle Fälle von Erwachsenen und soweit als möglich auch von älteren verbrecherischen Jugendlichen ferngehalten werden. Dann soll der Vollzug von polizeilichen Haftstrafen möglichst an Jugendlichen dadurch eingeschränkt werden, daß ihnen Geldstrafen gestundet und Abzahlungen angeboten werden.

Ausfahrungen in der Trunkenheit

In unsem Bericht unter diesem Titel in Nr. 207 wird uns geschrieben: Die Zunahme öffentlich sinnfälliger Trunkenheit ist allerdings nicht zu verkennen. Sie ist aber nur zum kleinsten Teil auf eine Steigerung der Trunksucht an sich anzurechnen. Damit steht der hohe Preis geistiger Getränke in zu großem Widerspruch, der auch den Liebhaber zwingt, seine Gelüste einzuschränken. Anders wird es, wenn eine milde Hand die nötigen Gaben spendet. Nun finden wir in der Geschichte aller monarchistischen Gegenrevolutionen immer dieselbe Erscheinung, daß die Vertreter der Reaktion das Lumpenproletariat gegen die Demokratie ausbieten. Dieses aber gewinnt man am leichtesten durch schrankenlose Gewährung geistiger Getränke, nach deren Genuß auch allerlei Anregungen zu Pländerungen und Programmen auf fruchtbaren Boden fallen. Vielleicht stößt sich die Kriminalpolizei einmal die Mühe, den keineswegs harmlosen Fällen von Trunkenheitsausfahrungen in dieser Richtung etwas nachzugeben; auch der Besitz von Waffen in den Händen der Trunkenbolde gibt zu denken. Index.

Heber einen alten Unfug mehrten sich neuerdings, wie aus mehreren Beschwerden an uns hervorgeht, die Mitteilungen. Während in der Revolutionszeit und kurz nach dieser alle möglichen Schelten, Wände, Mauern usw. mit Plakaten aller Art besetzt wurden, werden jetzt die Firmenschilder zum Zettelankleben mit besonderer Vorliebe benutzt. So haben uns mehrere hiesige Firmen, unter anderem auch Messaru, mitgeteilt, daß die von ihnen in zahlreichen Stadtteilen angebrachten Schilder andauernd mit Aufrufen und Plakaten aller Art besetzt werden. Ganz

besonders tut sich bei diesem Unfug der deutschnationale Mob hervor, der offenbar mit der Begründung: „Es seien Firmenschilder!“ fast alle Firmenanzeigen im Westen systematisch überklebt. Es scheint eine deutschnationale Meute unterwegs zu sein, die entweder Menschen, oder wenn das nicht glatt geht, wenigstens Sachen vernichtet. Die Polizei mühe auch darauf ihr Augenmerk lenken.

Ein alter Veteran der Partei, der Droschkenfahrer Heinrich Lawrenz, ist dieser Tage zur letzten Ruhe auf dem Friedhof in Friedrichsfelde geleitet worden. Noch im vorigen Jahre konnte er sein 25jähriges Parteijubiläum begehen. Genosse Lawrenz war ein rühriges Parteimitglied und immer bereit, soweit es ihm seine Zeit erlaubte, an allen Parteiarbeiten teilzunehmen.

Die Quäterspeisung in Neukölln wird für die Dauer der großen Ferien eingestellt. Ihre Wiederaufnahme erfolgt für alle Speisungsberechtigten am 21. August d. J.

Das städtische Wellpanorama Neukölln bleibt für die Dauer der großen Ferien geschlossen. Die Wiedereröffnung findet am Sonntag, den 12. August d. J., unter Vorführung der Bilderreihe „Eine Fahrt auf der Rittenwaldbahn“ statt.

Unentgeltliche Brausebäder für Neuköllner Gemeindeglieder. Für die Zeit der Sommerferien werden in den Schulbrausebädern des Neuköllner Stadtbades an den Vormittagen (9-12 Uhr), außer Sonntags, unentgeltlich Brausebäder an Gemeindeglieder abgegeben. Badewäsche ist mitzubringen.

Städt. Auskunft- und Beschwerdestelle in Neukölln. Die von der Bezirksversammlung Neukölln im alten Rathaus, Berliner Straße 63/64, 2 Treppen, Zimmer 235, eingerichtete Beschwerdestelle ist an den Wochentagen von 8 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. (Sonntags bis 12 Uhr mittags) geöffnet. Die bisher an den Donnerstagsnachmittagen von 5-7 Uhr abgehaltene Sprechstunde fällt während der Monate Juli und August aus.

Die erste Lichterader Frühjahrsausstellung, Ziegen- und Schafschau am Sonntag, dem 16. Juli 1922, die mit Beerenobst aller Art, Kürchen und Frühgemüse sehr reichhaltig besetzt wird, aber auch eine staatliche Anzahl Reibungen von Ziegen und Milchschafen aufweist, verspricht eine schöne Veranstaltung zu werden. Eine Reihe brauchbarer Gartengeräte wird im Betrieb vorgeführt werden. In einer Kasse werden Proben von Frischobst und frischer Ziegenmilch verabreicht werden. Verantwortlich wird die Anstellung vom Verein für Kleintierzucht und Gartenbau in Lichterode, der sich aus Siedlern und Kleingärtnern zusammensetzt. Diese stellen nur selbstgebaute Erzeugnisse zur Schau.

Der Hilferuf durch Fernsprecher hat sich als Abwehrmittel gegen das Verbrechermenschen sehr gut bewährt und besteht jetzt für den gesamten Umfang des Ober-Postdirektionsbezirks Berlin, also für ganz Großberlin und bei den Fernsprechermittlungsanstalten in Großbeeren, Hoppegarten und Mühlenbeck. Man ruft in gewöhnlicher Weise das Amt und sagt, wenn die Beamtin sich meldet, lediglich das Wort „Meberfall“ an. Die Beamtin verbindet darauf ohne weiteres mit der für das gefährdete Haus zuständige Schutzwache. Sobald diese antwortet, hat der Teilnehmer möglichst folgende Angaben zu machen: Straße, Hausnummer, Vorder- oder Gartenhaus, Stockwerk, Name des Teilnehmers, Amt und Nummer der Sprechstelle. Es ist dabei eine ruhige und deutliche Ansage anzustreben; dann ist der Hörer wieder anzuhängen und möglichst in einem nach der Straße gelegenen Zimmer die Ankunft der Polizeibeamten abzuwarten. In der Hilferufende durch besondere Umstände verhindert, erschöpfende Ansage zu machen, so muß er wenigstens auf die erste Meldung des Amtes hin der Beamtin das Wort „Meberfall“ zugerufen haben. Die Schutzpolizei wird dann allerdings mit unvermeidlicher Verzögerung bemüht sein, an der Hand der Wohnungsunterlagen des Amtes Hilfe zu bringen. Das Hineinrufen des Stichwortes in den Sprechtrichter gleich nach Abnahme des Hörers, also ohne die Meldung des Amtes abzuwarten, ist, wie besonders hervorgehoben wird, völlig zwecklos. Nebenanschlüsse können für Ueberfallmeldungen nur benutzt werden, wenn sie sich im Hause oder in nächster Nähe der Hauptstelle befinden. Abfichtlich falsche oder fehlerhafte Nummernangaben der Meldung „Meberfall“ ist nach Str. O. § 360 als grober Unfug strafbar.

Die Briefkastennot. Im Stadlinnern werden immer neue Klagen laut über die äußerst mangelhafte Leerung der Briefkästen. Wenn im Laufe des Tags der eine oder

der andere Briefkasten weit vor der durch den Weiser angeforderten Zeit geleert wird, so ist dies eine Erleichterung, über die zur Not noch hinweggesehen werden könnte. Zahlreiche Briefkästen des Stadlinnern, die an Stellen angebracht sind, wie in der Leipziger Straße, die zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens überhaupt nicht geleert werden, müßten, um dem Bedürfnis der Bevölkerung Rechnung zu tragen, mindestens noch einmal während der Nachtstunden geleert werden.

Bergweilungsstat von Mutter und Tochter. Gestern vormittag wurden in ihrer Wohnung im ersten Stockwerk des Gartenhauses Friedbergstraße 3 in Charlottenburg die 77 Jahre alte Witwe Marie von Tuschka und ihre 36 Jahre alte Tochter Elisabeth tot aufgefunden. Die Leichen waren bereits stark in Verwesung übergegangen. Die beiden Damen hatten sich vergiftet. Vollständige Verlesung hat die beiden Unglücklichen in den Tod getrieben.

In seiner Wohnung erhängt. Gestern nacht wurde der 33 Jahre alte Portier Fritz G. in seiner Wohnung in der Brüderstraße erhängt aufgefunden. Der Tod war bereits eingetreten.

Arbeiterport

Arbeiter-Kabarett-Club „Kulturklub“ Berlin. Konzerte für Sonntag, den 16. Juli, 1. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 2. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 3. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 4. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 5. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 6. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 7. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 8. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 9. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 10. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 11. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 12. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 13. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 14. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 15. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 16. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 17. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 18. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 19. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 20. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 21. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 22. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 23. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 24. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 25. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 26. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 27. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 28. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 29. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 30. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 31. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 32. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 33. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 34. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 35. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 36. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 37. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 38. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 39. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 40. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 41. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 42. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 43. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 44. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 45. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 46. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 47. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 48. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 49. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 50. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 51. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 52. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 53. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 54. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 55. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 56. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 57. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 58. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 59. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 60. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 61. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 62. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 63. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 64. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 65. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 66. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 67. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 68. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 69. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 70. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 71. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 72. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 73. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 74. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 75. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 76. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 77. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 78. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 79. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 80. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 81. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 82. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 83. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 84. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 85. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 86. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 87. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 88. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 89. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 90. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 91. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 92. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 93. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 94. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 95. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 96. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 97. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 98. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 99. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 100. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 101. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 102. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 103. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 104. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 105. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 106. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 107. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 108. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 109. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 110. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 111. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 112. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 113. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 114. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 115. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 116. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 117. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 118. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 119. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 120. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 121. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 122. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 123. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 124. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 125. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 126. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 127. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 128. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 129. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 130. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 131. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 132. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 133. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 134. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 135. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 136. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 137. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 138. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 139. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 140. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 141. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 142. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 143. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 144. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 145. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 146. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 147. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 148. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 149. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 150. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 151. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 152. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 153. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 154. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 155. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 156. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 157. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 158. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 159. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 160. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 161. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 162. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 163. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 164. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 165. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 166. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 167. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 168. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 169. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 170. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 171. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 172. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 173. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 174. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 175. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 176. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 177. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 178. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 179. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 180. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 181. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 182. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 183. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 184. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 185. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 186. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 187. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 188. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 189. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 190. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 191. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 192. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 193. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 194. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 195. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 196. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 197. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 198. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 199. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 200. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 201. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 202. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 203. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 204. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 205. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 206. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 207. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 208. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 209. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 210. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 211. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 212. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 213. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 214. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 215. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 216. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 217. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 218. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 219. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 220. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 221. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 222. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 223. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 224. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 225. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 226. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 227. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 228. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 229. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 230. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 231. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 232. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 233. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 234. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 235. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 236. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 237. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 238. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 239. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 240. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 241. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 242. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 243. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 244. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 245. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 246. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 247. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 248. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 249. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 250. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 251. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 252. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 253. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 254. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 255. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 256. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 257. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 258. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 259. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 260. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 261. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 262. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 263. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 264. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 265. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 266. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 267. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 268. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 269. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 270. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 271. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 272. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 273. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 274. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 275. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 276. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 277. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 278. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 279. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 280. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 281. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 282. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 283. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 284. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 285. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 286. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 287. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 288. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 289. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 290. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 291. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 292. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 293. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 294. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 295. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 296. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 297. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 298. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 299. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 300. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 301. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 302. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 303. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 304. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 305. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 306. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 307. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 308. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 309. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 310. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 311. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 312. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 313. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 314. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 315. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 316. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 317. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 318. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 319. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 320. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 321. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 322. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 323. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 324. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 325. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 326. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 327. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 328. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 329. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 330. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 331. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 332. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 333. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 334. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 335. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 336. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 337. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 338. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 339. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 340. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 341. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 342. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 343. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 344. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 345. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 346. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 347. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 348. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 349. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 350. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 351. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 352. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 353. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 354. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 355. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 356. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 357. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 358. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 359. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 360. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 361. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 362. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 363. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 364. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 365. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 366. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 367. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 368. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 369. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 370. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 371. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 372. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 373. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 374. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 375. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 376. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 377. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 378. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 379. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 380. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 381. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 382. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 383. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 384. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 385. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 386. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 387. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 388. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 389. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 390. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 391. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 392. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 393. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 394. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 395. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 396. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 397. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 398. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 399. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 400. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 401. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 402. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 403. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 404. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 405. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 406. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 407. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 408. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 409. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 410. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 411. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 412. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 413. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 414. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 415. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 416. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 417. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 418. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 419. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 420. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 421. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 422. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 423. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 424. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 425. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 426. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 427. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 428. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 429. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 430. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 431. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 432. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 433. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 434. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 435. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 436. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 437. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 438. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 439. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 440. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 441. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 442. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 443. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 444. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 445. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 446. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 447. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 448. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 449. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 450. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 451. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 452. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 453. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 454. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 455. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 456. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 457. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 458. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 459. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 460. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 461. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 462. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 463. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 464. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 465. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 466. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 467. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 468. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 469. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 470. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 471. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 472. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 473. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 474. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 475. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 476. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 477. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 478. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 479. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 480. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 481. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 482. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 483. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 484. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 485. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr, 486. Abt. 15. Nachmittags 6 Uhr, 487. Abt. 15. Nachmittags 9 Uhr, 488. Abt. 15. Nachmittags 12 Uhr, 489. Abt. 15. Nachmittags 3 Uhr,



Katholische Geschlechtsethik und Geburtenrückgang

Wenn in der letzten Nummer der „Frauen-Welt“ in dem Artikel „Geburtenrückgang und Religion“ die Rede ist von den beweglichen Klagen des verstorbenen katholischen Theologieprofessors Dige über „Die schleichende jüdische Krankheit“, die in dem „Bewußtsein und freudlich herbeigeführten Geburtenrückgang“ liegt, über die „Reinheit vor dem Kinde“, die ihre Ursache allein in der Abkehr breiter Massen vom Glauben hat, so muß festgestellt werden, daß die katholische Kirche nicht immer so unzulänglich gegenüber der Geburtenregelung gewesen ist. Ueberhaupt stellt die Sexualethik der katholischen Kirche durchaus kein hartes System dar; im Gegenteil: ihre sittliche Stellung zur sexuellen Frage ist außerordentlich wandlungsfähig und hat sich im Lauf der Jahrhunderte stets den herrschenden Strömungen angepaßt, vorausgesetzt, daß das Wohl der Kirche dabei gefördert wurde.

Sie predigte im Mittelalter als höchstes Ideal die geschlechtliche Enthaltsamkeit, die in Klöstern und Orden verwirklicht werden sollte. Sie kam, ganz abgesehen von ihren eigenen Bedürfnissen und Wünschen — den Bedürfnissen des Adels entgegen, der damals für seine jüngeren Söhne und Töchter eine Verjüngung brauchte, um den Besitz im Erbgang nicht zu zersplittern. Sie fanden diese Verjüngung als Ordensritter, Priester, Mönche und Nonnen in mit besonderem Nimbus umgebener Ehelosigkeit. Unter die schätzenden Hütchen der Kirche kamen später auch Söhne und Töchter wohlhabender Bürger und Bauern trotz des Verbots legitimer Fortpflanzung. Gefällig duldete die Kirche aber zu gleicher Zeit das *ius primae noctis*, das Recht des Grundherrn, bei Eingehung einer Ehe seines Leibeigenen die erste Nacht nach der Hochzeit mit der Braut zu verbringen. Das war zur Zeit ihrer höchsten Macht, als sie die Seelen unbedingt in ihrer Gewalt hatte. Doch sagt in seiner Schrift „Bevölkerungsprobleme“ zusammenschließend über die Folgen der katholischen Sexualethik in jener Zeit: „Im Mittelalter und über das Mittelalter hinaus hat die katholische Kirche durch Verherrlichung der Ehelosigkeit und sexuellen Abstinenz, durch Vermehrung des Besitzes der Toten Hand und Verminderung des freien Grund und Bodens, durch Duldung und Begünstigung der Vererbung freier Bauern und ihre Verwandlung in Hörige, durch die Eheverbote an Hörige, durch Duldung des *ius primae noctis* und der sexuellen Ausschreitungen der Grundherren den Frauen ihrer Hörigen gegenüber ideell und materiell geburtenhemmend gewirkt. Sie hat die Ehebande selbst damit gelockert, die sie im Dogma für heilig erklärte.“ Es vertritt sich auch mit der Sexualethik der katholischen Kirche, wenn sie später gegen die Maitressenwirtschaft der Fürsten nicht eintritt.

In der Neuzeit ist bemerkenswert, daß die politische Interessenvertretung der katholischen Kirche, die Zentrumspartei, sich noch im Jahre 1918 unter Führung Diges der von den Unabhängigen beantragten Aufhebung der Bordelle, der Kasernierung der Prostituierten sowie der Toleranzstrafen widersetzte. Dabei bilden die Bordelle den stärksten Anreiz zum auferheblichen Geschlechtsverkehr, der nicht nur unfruchtbar zu sein pflegt, sondern auch die Hauptquelle der Vererbung des Volkes mit Geschlechtskrankheiten ist, die wieder geburtenmindernd wirken.

Was die Frage der Fruchtbarkeit anlangt, so war lange die Auffassung des kanonischen Rechtes maßgebend, daß die Rechtsanschauung der katholischen Kirche widerspiegelt. Dieses kanonische Recht unterschied zwischen der unbefleckten Frucht in den ersten Monaten der Schwangerschaft und der befechteten Frucht im späteren Stadium. Die Vernichtung der unbefleckten Frucht wurde geduldet, die der befechteten als Mord verurteilt. Bis Ende des 16. Jahrhunderts ein Papst den Unterschied zwischen befechteter und unbefeckter Frucht aufhob, erkannte ihn sein Nachfolger wieder an mit der Begründung, die Kirche dürfe denken, die an ihr Herz zurück wollten, den Weg nicht allzu schwer machen. Es ist noch nicht allzu lange her, daß die Kirche diese Theorie aufgab und die Frucht vom Moment der Zeugung ab für befechtet erklärte. Damit wurde für sie die Fruchtverrichtung zu einem verabscheuenswürdigem Verbrechen. Davon abgesehen, hatte die katholische Kirche es in der Neuzeit empfängnisverhütung duldsam zu sein. Der Bischof Bourrier von Le Mans hatte, als er 1842 den Papst Gregor XIV. hierüber interpellierte, die Besorgnis ausgesprochen, die Beichtkinder könnten dem Beichtstuhl fernbleiben, wenn die Empfängnisverhütung als Todsünde behandelt werde. Die Kirche hielt es also für geraten, bestimmte Maßnahmen zur Abwehr allzu großer Kinderregens unbedacht zu lassen. Der aufstrebenden Arbeiterklasse, die ihre Forderungen auf ein menschenwürdiges Dasein anmeldete und in wirtschaftlichen Kämpfen verfocht, wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts von den bürgerlichen Nationalparlamenten immer wieder versichert, ihr allzu großer Kinderreichtum sei die wahre Ursache ihres Elends. Prompt kam die katholische Kirche dem Bedürfnis großer Schichten nach Regelung der Kinderzahl noch weiter entgegen, indem sie ausdrücklich erlaubte, ein bestimmtes Mittel dazu in Anwendung zu bringen. Schon 1885 empfahl der Jesuit A. Vehmkuhl in seiner Theologia moralis „Ehelenten, die eine zahlreiche Nachkommenschaft beabsichtigen“, dasselbe Verfahren, das 1896 der Pastoralmediziner G. Capellmann (G. Capellmann, fakultative Sterilität ohne Verletzung der Sittensache) eingehend erläuterte. Vehmkuhl und Capellmann raten, die dem Beginn der Menstruation folgenden beiden Wochen und die letzten drei oder vier Tage vor Eingehen der Periode die Beibehaltung zu unterlassen. Grotzahn, Förel und andere namhafte Ärzte hielten das Mittel nicht für absolut sicher, aber doch für geeignet, wenn es Einlang in breite Schichten findet, die Geburtenzahl des Volkes stark zu beschränken. Grotzahn fragt mit Recht, wie gerade von einer Seite, die sonst jedes andere empfängnisverhütende Mittel verwirft, diese Methode empfohlen werden kann. Daß die katholische Kirche die Präventivmittel von Grund aus verwirft, ist also

nicht richtig, denn die Beobachtung der von Capellmann ausgesprochenen Vorschrift hat durchaus alle wesentlichen Merkmale eines Präventivmittels, wenn auch eines unzuverlässigen und unzuverlässigen.“ Die Curia Sacra Poenitentaria hatte, wie Dige feststellt, vor etwa 25 Jahren das Mittel ausdrücklich für erlaubt erklärt und damit den Willen zur Unfruchtbarkeit geäußert.

Hätte der gelehrte Professor Dige diese gravierenden Tatsachen vergessen? Sollte er wirklich keine Ahnung gehabt haben von der Elastizität der Geschlechtsethik seiner Kirche? Schon bei einer mäßigen Nationalisierung der Geburten sah er den „sittlich nationalen Abstieg klar gezeichnet“. Ueber Zweifelsystem, Einkind- und kinderlose Ehe geht es abwärts zur „freien Liebe“ und „das Grab der Nation ist geschanzelt.“ Woher dieser Wandel in der Auffassung gegenüber der Geburtenregelung?

Inzwischen sind die Arbeiter den Ermahnungen zur Geburtenbeschränkung und dem Beispiel der Bourgeoisie so gewissenhaft gefolgt, daß angehts des Geburtenrückganges jetzt wieder der Schrei nach verstärktem Bevölkerungszuwachs ertönt. Die Kriegen, die der Krieg gerissen, sollen, um einen kommenden Rachekrieg führen zu können, so schnell wie möglich wieder aufgefüllt werden. Und entgegenkommend wie immer, schwenkt die katholische Kirche ein. Eine ihrer Leuchten, der Jesuitengaler Müdermann, dessen Name schon ein Programm ist, reist in ganz Deutschland umher und predigt überall das Evangelium vom gottgewollten Kinde in der naturgetreuen Familie. Die katholische Presse treibt Geburtenvermehrungspropaganda. Volksmissionen werden zahlreich abgehalten, in denen den Eheleuten das Gewissen geschärft wird, und Missionskinder nennt man die insolge dessen erzeugten Kinder. Im übrigen kontrolliert die katholische Kirche die Eheleute ganz ungeniert durch den Beichtstuhl.

Alein das Bemühen der Kirche scheitert heute im allgemeinen doch an den wirtschaftlichen Verhältnissen, an der herrschenden Teuerung, an Wohnungsnot, an Kleidungs- und Wärmemangel. Auch in katholischen Gegenden nimmt die Geburtenzahl ab, und auch hier beugen die Frauen jetzt andere, gefährlichere, aber mehr Sicherheit versprechende Methoden als die Capellmannsche. Noch nie waren die Vorbereitungen zur Aufsicht von Kindern so unangenehm wie jetzt. Das mühen Zeugungswilligen und die Gebärfreundigkeit gerade der gewissenhaften Eltern lähmen. Erst wenn Staat und Gesellschaft die Hemmungen wirtschaftlicher und sozialer Natur beseitigen können, die gegenwärtig keine reine Freude am Kinderreichtum auskommen, die ihm vielmehr zum Fluch Tausender armer Eltern werden lassen, erst wenn das Volk seinem Nachwuchs ein Leben bereiten kann, das lebenswert ist, dann erst wird der heute unter schmerzlichen Konflikten unterdrückte Wille zum Kinde wieder allgemein geweckt und gefördert werden. Marie Kunert.

Gesundheitszeugnisse vor der Eheschließung

Einer Anregung der U.S.P. im Preussischen Landtag folgend, hat das Ministerium für Volkswohlfahrt eine Denkschrift über die Forderung von Gesundheitszeugnissen vor der Eheschließung ausgearbeitet. Die Einbuße von Millionen wertvoller Menschen im besten Mannesalter durch die ungeheuren Vorkämpfer des Krieges, die allgemeine Verschlechterung der Volksgesundheit infolge jahrelanger Untersuchung, insbesondere die Zunahme von Tuberkulose, Alkoholismus und Geschlechtskrankheiten im Gefolge des Krieges legen dem Staate die zwingende Verpflichtung auf, alle Mittel anzuwenden, die einer Degeneration entgegenzuwirken imstande sind. Zweifellosermaßen auch Gesundheitszeugnisse vor Eingehen der Ehe hier Ersprießliches zu leisten. Die meisten Menschen gehen insofern recht leichtfertig in die Ehe, als alle möglichen äußeren Umstände, Stellung, Vermögen, Familie usw. gewöhnlich sehr sorgfältig vorher erwogen werden, während man sich sowohl um die eigene wie um die Gesundheit des Ehepartners nicht so zu kümmern pflegt, wie es die Verantwortung gegenüber der Nachkommenschaft erfordert. Das Unglück, das über die Eheleute und Kinder und Kindesfinder heraufbeschworen werden kann, wenn Krankheiten direkt übertragen oder krankhafte Anlagen vererbt werden, ist größer, als man gemeinhin ahnt. Auch für die Gesamtheit kann die Vermehrung erblich belasteter Menschen keine gleichgültige Sache sein. Zwingt der Staat alle Ehevererber, vor der Heirat Ehezeugnisse auszuweisen, dann wird das Gewissen des einzelnen geschärft, und in Verbindung mit weitgehender Aufklärung des Volkes über die Bedeutung der Erzeugung einer gesunden Nachkommenschaft ist sehr wohl eine ergiebige Einwirkung zu erwarten, durch die allgemein das Verantwortungsgewußt geweckt wird. Viele in gesundheitlicher Hinsicht nicht einwandfreie Ehen würden dann nicht mehr geschlossen oder auf einen späteren Zeitraum verschoben werden, wenn Bedenken nicht mehr vorliegen. Eine große Anzahl Minderwertiger, z. B. mit Erbsyphilis Befasteter, Geisteskranker, Epileptiker, Schwachsinziger würde dann mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht geboren werden. Damit verbessert sich die Qualität des übrigen Nachwuchses. Körperliche Ehevererber sollen berufen werden, um auf Grund ihrer Untersuchung das Zeugnis auszustellen, das keine Einzelheiten über den Befund bringen, sondern nur mitteilen soll, daß Bedenken gegen die Eheschließung nicht bestehen, oder daß sie zurzeit aus gesundheitlichen Gründen widerraten werden muß. Das sind in aller Kürze die Richtlinien der Denkschrift, die eine sehr fleißige und wohlbedachte Arbeit darstellt.

Der bevölkerungspolitische Ausschuss des Landtags beschäftigte sich am 23. Juni mit dieser Denkschrift. Es wurden von verschiedenen Parteien Einwände gegen die Kompetenz Preußens erhoben, in einer so wichtigen Sache selbständig voranzugehen, insbesondere die Deutsche Volkspartei wünschte keine Inangriffnahme der Frage durch Preußen. Man möge ein Reichsgesetz abwarten. Demgegenüber betonte Gen. Dr. Weal, daß Preußen zum mindesten einen Druck auf das Reich ausüben müsse, damit im Sinne der Denkschrift schleunigst etwas geschehe. Die Aufgabe, Belehrung über die Bedeutung der Gesundheit für die Ehe zu verbreiten, wies er der Presse, den Schulen und den Fortbildungsschulen zu. An den Uni-

versitäten müßte den Medizinern in besonderen Vorlesungen Gelegenheit gegeben werden, sich mit den Ergebnissen der Wissenschaft von der Vererbung bekanntzumachen. Zusammenfassend sagte Genosse Weal: „Die Ehezeugnisse sind nur ein kleines negatives Mittel zur Verbesserung der Rasse. Ein positives und zugleich das größte aller Mittel wäre die Schaffung gleicher wirtschaftlicher Bedingungen für alle Volksgenossen, damit tatsächlich dem Tüchtigen die Möglichkeit zum Aufstieg und zur Vermehrung gegeben wird.“

Die Besprechung der Frage, was von Preußen aus zu geschehen hat, um die Gesundheitszeugnisse vor Eingehung der Ehe zur gesetzlichen Tatsache werden zu lassen, wurde nach einem ausführlichen Referat des Regierungsvertreters Geheimrat Krohne vorläufig bis nach der Sommerpause des Landtags.

Helen Keller

Eine blinde und taubstumme Frauenrechtlerin.

Die Frauenbewegung, das Eintreten kluger und tatkräftiger Männer und Frauen für die Befreiung der Frauen aus schimpflichen und schmachvollen Fesseln ist verhältnismäßig noch jungen Datums. Wenn auch die Republik in Deutschland besichert hat, bleibt doch noch viel auf diesem Feld zu schaffen übrig, und wir alle wissen ja zur Genüge, daß es in Preußen noch heute eine große Anzahl lieber Zeitgenossen gibt, denen es höchst lästig ist, daß die Frauen ein wenig mehr Bewegung- und Erbgangsfreiheit erhalten haben. In der Reihe der Unitarinnen für die Frauenbewegung, die alle diese Dinge nicht mit bürgerlicher Beschränktheit, sondern von großen und wahrhaft freizeithlichen Gesichtspunkten betrachtet haben, muß vor allem die Amerikanerin Helen Keller genannt werden. In Büchern und Schriften mit einer glänzenden und von warmer Gläubigkeit durchstrahlten Sprache ist sie namentlich für eine Befreiung des traurigen Lebens und Loses der Fabrikarbeiterinnen eingetreten und hat mit ihrer Propaganda nicht tauben Ohren gepredigt.

Helen Keller ist aber auch merkwürdig genug durch den Umstand, daß diese Frauenrechtlerin blind und taubstumme ist. Trotzdem das Schicksal sie so hart geschlagen, hat sie sich zu einer herrlichen Menschenblüte entwickelt, und alle Mütter unter unseren Lesern sind es gewiß interessiert, näheres über den Bildungsprozess dieser armen Mädchens zu erfahren. Die beste Auskunft darüber gibt Helen Keller selbst in ihrer Lebensgeschichte, die unwahrscheinlich wie ein Märchen anmutet. Sie wurde am 27. Juni 1880 in Fudcambia im Staate Alabama in Nordamerika geboren. Mit neunzehn Monaten erlitt sie einen Anfall von Hirnhautentzündung, durch den sie blind, taub und stumm blieb. Mit sieben Jahren erlebte sie eine Lehrerin, Miss Sullivan, die sich mit unermüdlicher Geduld und Liebe mit dem Kinde beschäftigte und schließlich die überraschendsten Erfolge erzielte. Sie begann damit, dem Kinde ein paar Worte auf die Handfläche zu buchstabieren, und nach etwa vier Wochen konnte Helen Keller achtzehn Hauptwörter und drei Zeitwörter auf ihrer Hand buchstabieren, ohne freilich zu wissen, was sie bedeuteten. Da ließ die Lehrerin eines Tages das Kind einen Krug unter die Pumpe halten, und als das kalte Wasser dem Kinde über die Hand lief, buchstabierte die Lehrerin das Wort Wasser in die Hand der kleinen Helen. Wie eine Erleuchtung kam es über sie, denn sie wußte jetzt, was Wasser war. Es ist rührend, in der Lebensgeschichte die Freude von Helen Keller über diese Entdeckung zu lesen. Sie wollte durchaus ihren Hund lehren, indem sie ihm das Wort Wasser auf die Pfoten buchstabierte. Jetzt erwachte auch der Wissensdurst der Schülerin ganz ungeheuer. Alle Gegenstände besahete sie, wollte wissen, wie sie heißen, und stellte tausend Fragen über das Aussehen der Sonne, der Erde, der Vögel und der Pflanzen.

Aber noch war der Weg weit zum Erfolge, noch mußten unendliche Schwierigkeiten überwunden werden. Die Lehrerin versuchte nun ihrer Schülerin das Sprechen beizubringen. Auch das gelang, wenn auch natürlich Helen Keller niemals fließend sprechen gelernt hat. Jedenfalls aber konnte sie bald eine Anzahl von Worten deutlich aussprechen, und ihre Freunde darüber war ungeheuer froh. Helen Keller selbst schreibt darüber: „Ich werde niemals die Ueberrückung und Freude vergessen, die ich empfand, als ich meinen ersten Satz: Es ist warm! aussprach. Gewiß, es waren gebrochene, stammelnde Silben, aber es war menschliche Sprache. Meine Seele, neuer Stärke sich bewußt, kam hervor aus der Aneidenschaft. Nur, wer es aus Erfahrung kennt, kann den Eifer begreifen, mit dem ich mit meinen Spielfachen sprach, oder die Freude, die ich empfand, wenn auf meinen Ruf meine Schwester zu mir eilte, um mich oder mein Hund meiner Stimme gehorcht. Meine Arbeit war Übung, Übung, Übung. Entmutigung und Müdigkeit warfen mich häufig nieder, aber im nächsten Augenblick spornte mich der Gedanke an, daß ich bald meinen Lieben zeigen würde, was ich vollbracht, daß meine Schwester mich verstehen wird.“

Ein paar Jahre später, und Helen Keller ist so weit fortgeschritten, daß sie eine öffentliche Schule besuchen und darauf die Univerfität beziehen kann, wo sie einen akademischen Grad erlangt. Sie verblüfft Professoren und Studenten durch ihre Kenntnis lateinischer, griechischer, französischer, englischer und deutscher Schriftsteller; sie liebt Dichtkunst und Geschichte leidenschaftlich und schreibt den reinsten englischen Stil.

Viele Jahre wie im Kerker lebend und noch immer geisterrufen in der Dunkelzelle sitzend, hat sich Helen Keller mit besonderer Liebe und mit besonderem Verständnis ihrer Mitgeschwestern angenommen, die unter den harten Fesseln einer ungerechten gesellschaftlichen Ordnung schmachten und durch die Ausbeutung und Schikane der Kapitalisten wie in einem trostlosen Gefängnis gehalten werden.

Paul Pagan.